

Begründung:

Die Haushaltslage gestaltet sich trotz Ausnutzung von Einsparungsmöglichkeiten und einer gewohnt sparsamen Haushaltsführung problematisch. Grund dafür ist im Wesentlichen ein geringes Steueraufkommen. Dennoch wird aus Sicht der Verwaltung eine Erhöhung von Steuern und Entgelten für freiwillige Einrichtungen (z. B. Freizeitbad, Freibad, Bürgerhaus) nicht vorgesehen. Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Grundsätze:

Zu 2.1 Lfd. Budget - FIN

Entwicklung der Budgetmasse:

Das lfd. Budget – FIN der Budgetmasse ist die zur Verfügung stehende Finanzierungsmasse für die Budgetforderungen der sonstigen Budgets.

Nach der Jahresrechnung 2005 - Rechnungsergebnis -	7.528.530,92 €
Nach dem Haushaltsplan 2006 – Haushaltsansätze -	5.941.700,00 €

Für den Haushalt 2007 wurden nach den heutigen Erkenntnissen ermittelt	6.531.000,00 €
--	----------------

Die Verbesserung der Budgetmasse ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass im HJ 2006 der Fehlbetrag 2004 von 743.900 € und im HJ 2007 der Fehlbetrag 2005 von 347.000 € zu decken ist.

Die Ergebnisse des Finanzausgleichs für 2007 sind z. Zt. noch nicht vorhersehbar. Die Steuerkraftmesszahlen werden erst zum 30.09.2006 nach dem Ist- Steueraufkommen festgestellt. Mit der Festsetzung der Grundbeträge, die aus der Gesamtausgleichsmasse entwickelt werden, ist erst im nachfolgenden Jahr zu rechnen.

Deshalb wurden die Festsetzungen des letzten Jahres für die Kreisumlage, die Schlüsselzuweisung, die Zuweisung für die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises und den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nach den vorliegenden Ergebnissen und Informationen wie auch die übrigen Ansätze geschätzt.

Entwicklung der sonstigen Budgets:

Die Budgetsummen sind der Saldo zwischen direkt den sonstigen Budgets zugeordneten Einnahmen und den Ausgaben.

Nach der Jahresrechnung 2005 - Rechnungsergebnis-	- 7.875.479,57 €
Nach dem Haushaltsplan 2006 – Haushaltsansätze -	- 7.959.100,00 €
Für den Haushalt 2007 wurden nach den heutigen Erkenntnissen ermittelt	- 8.249.900,00€

Entwicklung der Fehlbeträge /Fehlbedarf:

Nach der Jahresrechnung 2005 - Rechnungsergebnis -	- 346.948,65 €
Nach dem Haushaltsplan 2006 – Haushaltsansätze -	- 2.017.400,00 €

Darin enthalten: Soll- Fehlbetrag 2004	<u>743.900,00 €</u>
Struktureller Fehlbedarf	- 1.273.500,00 €

Für den Haushalt 2007 wurden nach den heutigen Erkenntnissen ermittelt	-1.718.900,00 €
Darin enthalten Soll- Fehlbetrag 2005	<u>347.000,00 €</u>
Struktureller Fehlbedarf	- 1.371.900,00 €

Im Jahr 2008 ist der Fehlbetrag 2006 – im Haushaltsplan 2006 mit 2.017.400 € veranschlagt – zu veranschlagen. Die Möglichkeit der zeitversetzten Veranschlagung (z.B. Fehlbetrag 2005 in 2007) von Fehlbeträgen – wie praktiziert - ergibt sich aus § 23 GemHVO.

Bei Erreichen der Zielvorgabe, den Budgetbedarf der sonstigen Budgets um 290.800 € auf das Niveau von 2006 zu senken, würde sich der der Fehlbedarf 2007 von - 1.718.900 € auf - 1.428.100 € verringern.

Zu 2.2 – Virtuelles Budget

Die im lfd. Budget – FIN im Produktbereich 10 insgesamt veranschlagten Personalausgaben werden über eine Umlage virtuell mit den sonstigen Budgets verrechnet.

Entwicklung der Personalausgaben

Nach der Jahresrechnung 2005 - Rechnungsergebnis -	6.557.325,92 €
Nach dem Haushaltsplan 2006 – Haushaltsansätze -	6.953.500,00 €
Für den Haushalt 2007 wurden nach den heutigen Erkenntnissen ermittelt	6.926.600,00 €

Im Jahr 2006 mussten aufgrund der veränderten Fälligkeiten für 13 Monate Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden.

Im Jahr 2007 ist die Steigerung gegen über 2005 durch Kalkulation einer Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, Eintritt von Altersteilzeitkräften in die Ruhephase und dem damit verbundenen Einsatz von Ersatzkräften bedingt. Außerdem sind nach der Veränderung TVöD in 2007 bei den meisten Bediensteten Stufensteigerungen und tariflich vorgeschriebene Leistungsentgelte einzurechnen.

Die übrigen Leistungsverrechnungen wurden nach den Ergebnissen des Jahres 2005 unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Auftragslage geschätzt.

Zu 2.3 - Investitionsbudget

Entwicklung des Schuldenstandes zum 31.12.2006:

Stand am 31.12.2005	= 9.983.014,99 €
Haushaltseinnahmereste für Kreditaufnahmen	= 410.167,80 €
Kreditaufnahme Haushalt 2006	= 361.300,00 €
Ordentliche Tilgung 2006	= <u>-539.200,00 €</u>

Stand am 31.12.2006 voraussichtlich = 10.215.282,79 €

Investitionsbedarf der sonstigen Budgets:	
Investitionsanmeldungen der sonst. Budgets	-3.164.800 €
Finanzierung durch Einnahmen innerhalb der sonst. Budgets	<u>73.700 €</u>
Investitionsbudget sonst. Budgets	-3.091.100 €

Finanzierung aus der Budgetmasse	
Vor Kreditaufnahme	1.406.900 €
Durch Kreditaufnahme	<u>1.687.200 €</u>
	3.091.100 €

Berechnung der Nettokreditaufnahme 2007	
Kreditaufnahme lt. vorliegender Investitionsanmeldungen	1.687.200 €
Ordentliche Tilgung 2007 – Planung	<u>533.700 €</u>
Nettokreditaufnahme – geplant -	1.153.500 €

In der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 10.05.2006 wurde der Entwurf des Investitionsprogramms 2007 – 2010 beraten. Nach Hinweis auf die Vermeidung einer Nettokreditaufnahme in 2007 wurde das Budget des Produktbereichs 32 von 2.302.900 € auf -1.471.900 € um 831.000 € verringert.

Um eine Nettokreditaufnahme vollständig zu vermeiden, sind somit noch die Investitionen um 322.500 € zu verringern, damit wären Darlehen nur in Höhe der ordentlichen Tilgung mit 533.700 € aufzunehmen.

Nach Veränderung der Investitionen um insgesamt 1.153.500 € (831.000 € + 322.500 €) auf 2.011.300 € wären dann nach Abzug der Finanzierung durch Einnahmen innerhalb der sonstigen Budgets noch aus der Budgetmasse 1.937.600 € zu finanzieren.

Die Einnahmen aus der Budgetmasse – Finanzierungsübersicht - setzen sich wie folgt zusammen:

Beiträge	361.600 €
Erlöse aus Grundstücksverkäufen	346.400 €
Rückflüsse von Darlehen	40.000 €
Zweckgebundene Zuweisungen des Landes	60.000 €
Investitionszuweisungen nach NFAG	595.900 €
Darlehensaufnahme	<u>533.700 €</u>
Gesamt	1.937.600 €

In den Beiträgen und Erlösen ist hauptsächlich die Vergabe von Bauplätzen in Bereich des BBPI 109 – Plaggestraße / Klein-Ostierner-Weg enthalten und setzt eine zügige Vermarktung der Bauplätze voraus.